

Erklärung



Alternative Arbeitnehmererklärung der Vizepräsidenten der bayerischen Handwerkskammern anlässlich der Internationalen Handwerksmesse 2015
– Arbeitnehmer sind Teil der Wirtschaft
Vizepräsidenten der bayerischen HWK lehnen „Münchner Erklärung“ von BHT, BIHK und vbw ab

Arbeitnehmer sind Teil der Wirtschaft

13.03.2015

Deutscher Gewerkschaftsbund

München, den 13.03.2015

Anlässlich der internationalen Handwerksmesse 2015 und der „Münchner Erklärung“ des Bayerischen Handwerkstages (BHT), des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) sowie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) äußern sich die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der bayerischen Handwerkskammern wie folgt:

Die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der Handwerkskammer lehnen die „Münchner Erklärung“ der Spitzenverbände der bayerischen Unternehmer ab. In ihr finden sich vollkommen falsche politische Aussagen und Rückschlüsse. Auch die meisten politischen Forderungen können von den Handwerks-vizepräsidenten nicht mitgetragen werden.

Die Unterzeichner der „Münchner Erklärung“ vom 12. März 2015 gehen zunächst einmal von falschen Annahmen aus. Schon die Behauptung, dass die günstige Lage auf die Agenda 2010 zurückzuführen sei, ist wissenschaftlich nicht zu halten und erscheint eher politisch motiviert. Deutschland leidet seit Jahren nicht an einem Kosten- sondern an einem Nachfrageproblem. Ein deutlicher Ausdruck dessen ist, dass die Reallöhne erst 2014 wieder leicht über dem Niveau von 2000 lagen. Davon, dass viele Kostenfaktoren eine kritische Grenze erreicht hätten, wie in der „Münchner Erklärung“ behauptet wird, kann keine Rede sein. Vielmehr zeigt sich, dass die Gewinn- und Vermögenseinkommen seit der Jahrtausendwende die Arbeitnehmerentgelte weiter abgehängt haben. Mit dazu beigetragen hat eine beispiellose Entlastung der Unternehmen.

Dass wir dringend eine Kehrtwende bei den Reallöhnen brauchen, zeigen erste Ergebnisse nach der Einführung des Mindestlohnes. So konstatiert das Bundesamt für Statistik einen Boom im Einzelhandel. Daher ist es richtig, über den Mindestlohn aber auch durch starke Tarifabschlüsse die Binnenkonjunktur weiter zu stärken und damit indirekt auch eine dringende Stärkung unserer europäischen Partner zu forcieren.

Aber auch die Allgemeinheit in Form der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kann profitieren. Jahr für Jahr wurden Billiglöhne über die Jobcenter aufgestockt. Nun rechnet die Bundesagentur für Arbeit hier mit Einsparungen von 600 - 900 Millionen Euro pro Jahr. Geld, das in Zukunftsinvestitionen deutlich besser angelegt ist.



Wir als Vizepräsidenten der bayerischen Handwerkskammern warnen davor, diese Fortschritte wieder zunichte zu machen. Die Vorschläge zum Mindestlohngesetz in der „Münchner Erklärung“ führen in ihrer Konsequenz nur in eine Richtung. Zur Aushöhlung des Mindestlohnes. Die Anrechenbarkeit von Entgeltbestandteilen, wie gefordert, ist nichts anderes als eine Kürzung des Mindestlohnes. Minijobberinnen und -jobber gar ganz von Dokumentationspflichten auszunehmen, öffnet dem Missbrauch Tür und Tor und würde Kontrollen faktisch wirkungslos machen.

Daher lehnen wir die in der „Münchner Erklärung“ vorgetragenen Änderungswünsche ab. Vielmehr brauchen wir konsequente Kontrollen des Mindestlohnes, um Lohndumping zu verhindern und Handwerksbetriebe zu schützen, die sich gesetzeskonform verhalten.

Die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten stellen fest, dass auch fast vier Jahre nach Beginn der Energiewende brennende Fragen nicht beantwortet sind oder in die Zukunft verschoben werden. Hier sehen wir in der Bayerischen Staatsregierung die größte Bremse.

Die bisher nur unzureichend umgesetzte Energiewende sowie die ungenügenden politischen Rahmenbedingungen gefährden Arbeitsplätze. Die Bayerische Staatsregierung begrenzt die Windkraft, will keine Pumpspeicherkraftwerke, hat keine Position zu den Stromtrassen und ein Konzept, wo zukünftig die Energie herkommen soll, hat sie auch nicht.

Dabei ist die Energiewende dringlich, da eine umweltverträgliche, verlässliche, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung grundlegende Voraussetzung für die industrielle Wertschöpfung und für Beschäftigung in Bayern ist.

Die Energiewende ist wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Sie hat eine ökonomische, eine ökologische und eine soziale Komponente.

Wir fordern daher die Bayerische Staatsregierung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und für eine Versorgungssicherheit für Industrie, Handwerk, Dienstleistungen und private Haushalte zu sorgen. Die Energieeffizienz bei Verbrauch, Speicherung und Erzeugung muss gesteigert werden. Wir müssen Infrastruktur und Netze bedarfsorientiert ausbauen sowie erneuerbare Energien fördern. Kommunale Anbieter müssen gestärkt werden, Gas- und Kohlekraftwerke modernisiert und neu gebaut.

Die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der bayerischen Handwerkskammern

Konrad Treitinger; HWK Niederbayern / Oberpfalz

Franz Greipl; HWK Niederbayern / Oberpfalz

Markus Haßelbeck; HWK München / Oberbayern

Paul Brugger; HWK Schwaben

Karl-Peter Wittich; HWK Oberfranken

Andreas Hoffmann; HWK Mittelfranken

Alfred Veeth; HWK Unterfranken

Die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten vertreten über 900.000 Arbeitnehmer/innen in ca. 100.000 Betrieben in Bayern.